

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

59. Ausgabe, Juli 2009

Aserbaidshan Betriebsprüfung

Der Finanzminister hat am 11. März 2009 einen Erlass zur Verbesserung der Steuerkontrolle veröffentlicht. Gemäß diesem Erlass wird die Prüfung jener Steuerpflichtigen, die bestimmte Tätigkeiten ausüben, bis zum 31. Dezember 2009 ausgesetzt. Die Liste der von der Prüfung ausgenommenen Aktivitäten ist begrenzt und umfasst unter anderem die Produktion von Gütern (mit Ausnahme der Produktion von Gütern in Baku und der autonomen Republik Nakhchivan sowie des Bergbaus und Luxusgüter) und den Bau bestimmter Wohngebäude.

Neue Steuererklärungen

Das Finanzministerium hat am 9. Februar 2009 die folgenden neuen Steuererklärungsformulare freigegeben:

- Ertragsteuer;
- Einkommensteuer;
- Quellensteuer;
- die aus der Differenz zwischen dem Vertragspreis des in Aserbaidshan produzierten Guts im Rahmen des Exports und dessen Verkaufspreis in dem entsprechenden Land.

Ab dem 9. Februar 2009 müssen für die Steuererklärungen, auch für jene aus vorangegangenen Jahren, diese Formulare genutzt werden.

Geldwäschegesetz

Das Gesetz der Republik Aserbaidshan zur Bekämpfung der Legalisierung von Geld und anderen Gegenständen, welche im Rahmen krimineller Tätigkeiten erzielt wurden und den Terrorismus finanzieren, trat zum 25. Februar 2009 in Kraft.

Zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung sieht das Gesetz die Etablierung interner Kontrollsysteme für Organisationen zur Überwachung der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften vor. Gemäß diesem Gesetz müssen Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds, Wertpapierhändler und andere die folgenden Tätigkeiten überwachen:

- Besondere Transaktionen ab bestimmten Schwellenwerten gemäß einer von der Nationalbank bekanntzugebenden Liste;
- Transaktionen, die unter dem Verdacht der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung stehen;

Tätigkeiten, die mittels ausländischer Bankkonten von Politikern getätigt werden, und andere.

Litauen Erweiterung der offiziellen Kommentierung des Umsatzsteuergesetzes

Am 28. und 29. April 2009 wurde die offizielle Kommentierung der Paragraphen 17 und 19 des Umsatzsteuergesetzes durch die Schreiben der Finanzbehörden Nr. (18.2-31-2)-R-4184 und Nr. (18.2-31-2)-R-4114 erweitert.

Die Kommentierung zu Paragraph 17 wird um eine Erläuterung von Fällen erweitert, bei denen die Finanzbehörden den Preis zwischen nahestehenden Personen für umsatzsteuerliche Zwecke anpassen und die Regelungen des Erlass Nr. 871 der litauischen Regierung vom 12. Juni 2002 anwenden dürfen.

Die neue Kommentierung des Paragraph 19 spezifiziert die Arten von Magazinen, die dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 9 % ab dem 30. Juni 2009 unterliegen. Die Kommentierung klärt außerdem die Definition von Nicht-Magazinen und erläutert, wann Unternehmen den alten ermäßigten Umsatzsteuersatz von 5 % auf medizinische Leistungen, das Abonnement von Magazinen, Hotel- und ähnliche Beherbergungsleistungen, sowie Tickets zu Kultur- und Sportveranstaltungen anwenden darf.

Es ist darauf hinzuweisen, dass diese Regelungen nicht den Verrechnungspreisregelungen für Körperschaftsteuerliche Zwecke entsprechen.

Regelungen zur Stundung und Übernahme fälliger Steuerzahlungen

Am 28. April 2009 wurden, basierend auf dem Erlass Nr. 1K-136 des Finanzministeriums, die Regelungen zum Aufschub fälliger Steuerzahlungen geändert. Außerdem wurden, basierend auf dem Erlass Nr. 1K-135, die Regelungen zur Übernahme fälliger Steuerzahlungen geändert.

Die Änderungen sehen vor, dass die Anfrage hinsichtlich eines Aufschubs der fälligen Steuerzahlung nicht früher als 20 Tage vor Fälligkeit an die Finanzbehörden übermittelt werden soll. Gemäß den neuen Regelungen soll ein Steuerpflichtiger außerdem begleitende Dokumente, welche die Möglichkeit einer künftigen Zahlung belegen, einreichen. Vereinbarungen über die Übernahme fälliger Steuerzahlungen zwischen einem Steuerpflichtigen und einer dritten Partei sollten nicht früher als 20 Tage vor Fälligkeit abgeschlossen werden. Die neue Fassung der Regelungen streicht jene Beschränkungen, welche vorsahen, dass eine fällige Steuerzahlung lediglich einmalig von einer dritten Partei übernommen werden darf und dass diese überfällige Zahlung nicht an eine andere Person weiter- bzw. an den Steuerpflichtigen zurückgereicht werden darf. Außerdem werden die Regelungen ergänzt um Vorschriften, welche aussagen, dass die Vollziehung fälliger Steuerzahlungen während der Antragsbearbeitung nicht betrieben werden soll.

Kontakt vor Ort:

Kristina Krisciunaite-Bartuseviciene, Telefon: +370 (5) 2 39-23 00

Slowakische Republik "Forschung und Entwicklung" im Kreis Bratislava

Die Agentur des slowakischen Bildungsministeriums für Strukturfonds der EU hat eine Aufforderung zur Vorlage von Anträgen auf nicht rückzahlungspflichtige Zuschüsse im Rahmen des operativen Programms "Forschung und Entwicklung" veröffentlicht. Die Aufforderung bezieht sich auf die Finanzierung von Projekten der Industrieforschung und experimentellen Entwicklung, die auf die direkte Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmens- und dem Wirtschaftssektor ausgerichtet sind.

Zu den förderfähigen Aktivitäten, auf die sich diese Aufforderung bezieht, zählen:

- Durchführung von Projekten der Industrieforschung,
- Förderung der Projekte der Zweckforschung und -entwicklung im Unternehmenssektor (einschließlich der Unterstützung von Forschern und deren Tätigkeiten, um neue Unternehmensaktivitäten zu entwickeln), sowie
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Unternehmens- und dem Wissenschaftssektor.

Die förderfähigen Antragsteller sind registrierte Unternehmer und juristische Personen, die in der Slowakei Tätigkeiten im Bereich der Forschung und Entwicklung ausüben und spätestens am 1. Januar 2008 gegründet wurden. Die Antragsteller können sowohl kleine und mittlere als auch große Unternehmen sein, die jedoch nachweisen müssen, dass die Beihilfe für sie motivierend ist,

d.h. dass dank der erhaltenen Beihilfe ein oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt sind:

- eine wesentliche Steigerung der Kapazität oder des Wirkungsbereichs des Projekts bzw. der Tätigkeit,
- eine wesentliche Erhöhung des Gesamtbetrags, den der Antragsteller für das Projekt bzw. die Tätigkeit aufwenden kann,
- eine wesentliche Beschleunigung der Beendigung des Projekts bzw. der Tätigkeit, sowie
- für Regionalbeihilfe, die Nichtrealisierbarkeit des Projekts ohne die Zuschüsse.

Jeder förderfähige Antragssteller darf im Rahmen dieser Aufforderung lediglich ein Projekt vorlegen. Der Ort der Projektdurchführung muss im Kreis Bratislava liegen. Die Projektdurchführung soll zwischen 12 und 48 Monaten dauern.

Die für diese Aufforderung vorgesehene Gesamtsumme beläuft sich auf EUR 20 Mio. Die Mindesthöhe eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses pro Projekt beträgt EUR 250.000 und die maximale Höhe EUR 2 Mio.

Der letzte Termin für die Abgabe von Anträgen ist der **10. August 2009**.

Ermäßigter Umsatzsteuersatz

Die slowakische Regierung zieht im Rahmen der Maßnahmen zur Überwindung der Finanzkrise in Betracht, weitere Güter und Dienstleistungen zu der Liste jener Güter und Dienstleistungen hinzuzufügen, die als einem ermäßigten Umsatzsteuersatz unterliegend qualifiziert werden. Sollte dieser Vorschlag umgesetzt werden, kommt der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 10 %, der gegenwärtig auf bestimmte medizinische Produkte und Druckmaterialien Anwendung findet, auch auf die Lieferung von Kindersitzen, Zeitungen und Magazinen sowie den Transport von Passagieren samt deren Gepäck zur Anwendung.

Außerdem entfaltet eine neue EU-Richtlinie zu ermäßigten Umsatzsteuersätzen ab dem

1. Juni 2009 seine Wirkung. Diese Richtlinie gibt EU-Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, ermäßigte Umsatzsteuersätze für eine größere Bandbreite von Gütern und Dienstleistungen als vormalig gestattet zu beantragen.

Änderungen des Umsatzsteuergesetzes ab 1. Januar 2010

Basierend auf der vorgeschlagenen Änderung des slowakischen Umsatzsteuergesetzes, welche ab dem 1. Januar 2010 zur Anwendung kommen würde, beabsichtigt die Slowakei Verrechnungspreisregelungen für umsatzsteuerliche Zwecke zu implementieren. Das bedeutet, dass die Bemessungsgrundlage für Lieferungen von Gütern und Dienstleistungen an nahestehende Unternehmen (im wesentlichen jene mit Verbindungen hinsichtlich des Personals, des Managements oder der Eigentümer zum Leistenden) an den Marktpreis angeglichen wird, wenn der vereinbarte Preis vom Marktpreis abweicht.

Der Änderungsentwurf schlägt außerdem eine Anhebung der Wertgrenze für Güter vor, für die keine Umsatzsteuer entsteht, wenn diese Güter unentgeltlich für die betriebliche Zwecke eines Umsatzsteuerpflichtigen geliefert werden. Die gegenwärtige Schwelle liegt bei 16,60 EUR und würde unter den geänderten Vorschriften auf 20 EUR ab dem 1. Januar 2010 erhöht.

[Kontakt vor Ort:](#)

Kamila Klesz, Telefon: +421 2 59 350 636

Ukraine Sind ukrainische Staatsbürger auch stets Steuerinländer?

Die ukrainischen Steuerbehörden haben kürzlich einen Erlass veröffentlicht, welcher festlegt, dass alle ukrainischen Staatsbürger zugleich auch Steuerinländer sind und der Einkommensteuer unterliegen, auch wenn sie im Ausland leben.

Als Steuerinländer sind sie, um mögliche Strafen bei Nicht-Einhaltung zu vermeiden, verpflichtet jährlich eine Steuererklärung einzureichen. PwC stimmt diesem Erlass nicht zu – ein einschlägiges Doppelbesteuerungsabkommen sollte eine Befreiung vorsehen. Nichtsdestotrotz sollten sich alle ukrainischen Staatsbürger dieser Problematik bewusst sein.

Kontakt vor Ort:

Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906777

Ungarn Änderungen im Arbeitsgesetz

Das ungarische Parlament hat das Arbeitsgesetzbuch geändert. Die Änderungen treten am 1. Juni 2009 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieser Änderungen unterstützt der Gesetzgeber die Bestrebungen, die Wirkungen der Wirtschaftskrise auch mit arbeitsrechtlichen Mitteln zu mindern. Die flexiblere Gestaltung der Rechtsvorschriften bzgl. des Bezugszeitraumes, der Überstunden und der Ruhezeit dient diesen Bestrebungen.

Die folgenden Regelungen wurden geändert:

Der Arbeitgeber war bisher berechtigt, den Bezugszeitraum aufgrund der täglichen Arbeitszeit höchstens bis zu drei Monate oder zwölf Wochen zu bestimmen. Die neue Regelung ermöglicht dem Arbeitgeber, den Bezugszeitraum höchstens bis zu vier Monate oder sechzehn Wochen festzulegen.

Auch die Vorschriften bezüglich der Ruhezeit wurden geändert. Vor dem 1. Juni 2009 standen dem Arbeitnehmer nach Leistung der Rufbereitschaft in jedem Fall elf Stunden Ruhezeit zur Verfügung. Abweichende Regelungen durften nur im Kollektivvertrag festgelegt werden. Nach den neuen Rechtsvorschriften sind die Arbeitnehmer nicht mehr berechtigt, die Ruhezeit in Anspruch zu nehmen, wenn während der Rufbereitschaft keine Arbeit verrichtet wurde.

Die Änderungen betreffen auch die Rechtsvorschriften bezüglich der Überstunden. Gemäß der bisherigen Regelungen hatte der Arbeitgeber die Möglichkeit, für einzelne Arbeitnehmer - gemäß der mit dem Arbeitgeber abgeschlossenen Vereinbarung - über die für ein Jahr bestimmten 200 Überstunden hinaus weitere, höchstens hundert, insgesamt also höchstens 300 Überstunden zu verordnen. Der Arbeitgeber konnte bisher mit Arbeitnehmern nur dann eine derartige Vereinbarung treffen, wenn (i) der Arbeitgeber beim Arbeitsamt bereits den Arbeitnehmerbedarf für eine vergleichbare Stelle gemeldet und eine Stellenvermittlung erfolglos beantragt wurde und (ii) der Arbeitnehmer hochqualifiziert ist oder in einem solchen Tätigkeitsbereich tätig ist, in dem sein hohes oder außerordentliches Fachwissen oder Erfahrung für den Betrieb der Arbeitsgesellschaft unerlässlich ist. Ab dem 1. Juni 2009 ist die Erfüllung der erstgenannten Voraussetzung ausreichend.

Kontakt vor Ort:

Gabriella Erdős, Telefon: + 36 1 461 9130

Hungary Amendments to labour law regulations

Parliament has amended Act XXII of 1992 on the Labour Code; the amendments enter into force on 1 June 2009. These amendments are aimed at mitigating the effects of the economic crisis by the means of labour law, such as making the rules on the reference period, the rest period and overtime work more flexible.

The amended rules are the following:

Before these amendments, the employer was entitled to define the working time for periods no longer than three months or twelve weeks, based on the duration of daily working time. The new regulation provides that the working time may be defined for periods no longer than four months or sixteen weeks.

The rules concerning the rest period have changed as well. Before 1 June 2009 the employee was entitled to a rest period of eleven hours in any case after being on the call. Only collective agreements were allowed to contain rules diverging from this regulation. According to the new rules, if no actual work was done while the employee was on call, then the employee is not entitled to a rest period.

The regulation on overtime work has also been changed. As per the previous rules, if the employer agrees so with the employee, the employer is entitled to order 100 working hours more overtime work than the normally available 200 working hours, coming altogether to a maximum of 300 working hours per year. Previously the employer was entitled to conclude such an agreement with an employee only if (i) the employer had filed a request to the government employment agency to refer a worker in a similar position as the employee in question, and it proved unsuccessful, and (ii) if the employee is highly skilled and qualified for work that requires special knowledge or experience, or is in possession of some special field of expertise that is essential for the employer's operations. However, from 1 June 2009, meeting the first condition is sufficient, namely that the employer has filed a request to the government employment agency and it proved unsuccessful.

Lithuania Supplements to the Official Commentary of the Law on VAT

On 28 and 29 April 2009 the Official Commentary on Art.17 and Art.19 of the Law on VAT were supplemented by letters of the Tax Authorities No. (18.2-31-2)-R-4184 and No. (18.2-31-2)-R-4114.

The Commentary on Art.17 is supplemented with an explanation of cases when the Tax Authorities may adjust the prices between related parties for VAT purposes and apply the rules provided by Order No.871 of the Lithuanian Government dated 12 June 2002.

The new edition of the Commentary on Art.19 specifies types of periodicals subject to the reduced VAT rate of 9% until 30 June 2009. The Commentary also clarifies the definition of non-periodicals and explains when companies may apply the old reduced VAT rate of 5% to medicals, subscriptions of periodicals, hotel and similar accommodation services, tickets to cultural and sports events.

It should be noted that these Rules are not compliant with the transfer pricing rules applicable for CIT purposes.

Amendments to the rules on postponement of overdue tax payments and amendments to the rules on takeover of overdue tax payments.

On 28 April 2009, based on Order 1K-136 of the Minister of Finance, the Rules on postponement of overdue tax payments were amended. Moreover, based on Order No. 1K-135, the Rules on takeover of overdue tax payments were amended.

The amendments provide that a request to postpone overdue tax payments should be submitted to the Tax Authorities not earlier than 20 days before an overdue tax payment occurs. According to the new rules, a tax payer should also provide supporting documentation proving the possibility of the tax payer to pay the tax overdue in the future.

The amendments to the Rules on takeover of overdue tax payments provide that an agreement on a takeover of overdue tax payment between a tax payer and a third party should be concluded not earlier than 20 days before an overdue tax payment occurs.

The new edition of the Rules abolishes restrictions which established that an overdue tax payment may be taken over only by one third party and that the overdue tax payment taken over may not be transmitted to another party or back to the tax payer. Moreover, the Rules are supplemented with the provision stating that the overdue tax payment recovery procedure applicable to the tax payer should not be started or should be suspended during the request processing period.

Republic of Azerbaijan Tax Audits

The Minister of Taxes issued a decree, dated 11 March 2009, on the improvement of tax control.

Under the decree, audits of taxpayers performing specific activities are suspended till 31 December 2009. The list of the exempt activities is limited to the production of goods (with exception of production of goods in Baku city and the Nakhchivan Autonomous Republic, as well as of mining and the production of excise goods) and construction of certain residential buildings, among others.

New Tax Report Forms

The Ministry of Taxes approved the following new tax reporting forms on 9 February 2009:

- Profit tax;
- Personal Income Tax;
- Tax withheld at the source;
- Payment of tax to the state budget from the difference between the contract price of goods produced in Azerbaijan during export of those goods and in-country wholesale price.

Starting from 9 February 2009, tax reports, including those for the previous years, must be filed using the forms.

Law on money laundering

The Law of the Azerbaijan Republic on Combating Legalization of Money and other Property obtained in a criminal way and financing of Terrorism became effective on 25 February 2009.

To fight money laundering and the financing of terrorism, the law envisages the establishment of internal control systems for organizations responsible for monitoring compliance with the Law. According to the law, credit organization, insurance companies, investment funds, security brokers and others will be subject to monitoring for the following operations:

- Specific transactions, the list and minimum value of which is to be established by the National Bank;

- Transactions suspected to be connected with money laundering or the financing of terrorism;

Operations executed through politicians' bank accounts overseas and other operations.

Slowakia

Call within the Operational Programm for Research & Development in the Bratislava region

The Slovak agency of the Ministry of Education for EU structural funds has announced a new call for submitting applications for a cash subsidy within the Operational Programme for Research & Development. The call is focused on financing projects for industrial research and experimental development, and on supporting direct cooperation between companies and the academic sector.

Eligible activities covered by the call are as follows:

- projects of industrial research;
- projects of applied research and development in business (including the support of researchers and their activities in order to develop new activities for companies); and
- partnerships between companies and the academic sector.

Eligible applicants for the subsidy are entrepreneurs and entities registered in Slovakia which operate in the area of research & development, and which have been in existence since at least 1 January 2008. Eligible applicants can be small and medium enterprises, as well as large ones and large applicants must also prove that they are motivated by the subsidies. Thus at least one of the following criteria should be met:

- substantial enlargement of capacity or scope of the project/activities;
- substantial enlargement of the total amount spent on the project/activities by the applicant;
- substantial acceleration of finishing the project/activities; and
- for regional aid, - the project would not be realized if the state aid was not granted.

An eligible applicant can submit only one project under this call. The project has to be aimed out in the Bratislava region. The duration of the project must be from 12 to 48 months.

The total amount of state aid for this call is EUR 20,000,000. The Minimum subsidy for a project is EUR 250,000 and the maximum is EUR 2,000,000.

The deadline for filling applications is **10. August 2009**.

Potential extension to the goods and services qualifying for the reduced VAT rate

The Slovak Government is considering, within the framework of measures for overcoming the impact of the financial crisis, the addition of some more types of goods or services to those already qualifying for the reduced rate of VAT. Thus if these proposals are enacted, the reduced VAT rate of 10% that currently applies to certain medical products and printed materials will also apply to the supply of children's car seats, newspapers and magazines, and the transport of passengers, including their accompanying luggage.

A new EU Directive on reduced VAT rates will also take effect from 1 June 2009. The new directive gives EU member states the option to apply reduced VAT rates to a wider range of goods and services than those previously permitted.

Proposed changes in Slovak VAT law from 1 January 2010

Based on a proposed amendment to the Slovak VAT Act, which would apply from 1 January 2010, Slovakia intends to implement transfer-pricing rules for VAT purposes. This means that the tax base for supplies of goods or services to related entities (broadly those with personal, management, or ownership ties with supplier) should, generally be equal to the open market value, if the actual price charge differs to the market price.

The draft amendment also proposes an increase in the threshold value of goods for which no output VAT is due if these goods are supplied free of charge for a VAT payer's commercial purposes. The current threshold is EUR 16.60, and under the draft change it would become EUR 20 from 1 January 2010.

Ukraine Ukrainian citizens are always tax residents of Ukraine?

The Ukrainian tax authorities have recently issued an opinion which states that all Ukrainian citizens are tax residents of Ukraine and are subject to personal income tax, even if they reside abroad.

As residents, they are expected to submit annual tax returns to avoid penalties for non-compliance.

PwC does not agree with this opinion, in particular, a relevant double tax treaty should provide relief.

Nevertheless, all Ukrainian individuals should be aware that failure to comply be challenged.

Ansprechpartner für die Region Mittel- und Osteuropa in Deutschland

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 25
monika.diekert@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-52 07
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Telefon: + 49 (30) 26 36-55 00
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine E-Mail an Celina Maciejewski: celina.maciejewski@de.pwc.com.